

Pressemitteilung der Freien Wähler Weiterstadt e.V.

Straßenbeiträge zurzeit alternativlos

FWW stimmt gegen ALW-Initiative

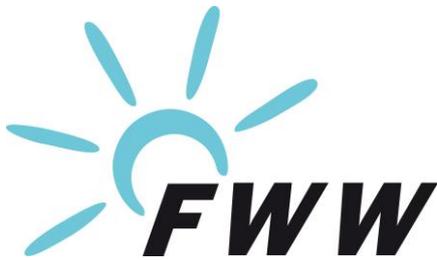
Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung mussten sich die Parlamentarier*innen Weiterstadts erneut mit einem Antrag der ALW-Fraktion befassen, der die Abschaffung der wiederkehrenden Straßenbeiträge als Thema hatte. Neben CDU und SPD haben auch die Freien Wähler Weiterstadt diesen Antrag erneut abgelehnt. Dass die drei Fraktionen von SPD, CDU und FWW kein Statement abgegeben haben, zeigt doch, dass der ALW-Antrag zurzeit nicht aktuell sein kann. „Die Einführung der neuen Straßenbeitragssatzung wurde in Bürgerversammlungen in allen Stadtteilen vorgestellt und diskutiert“, so das Fraktionsmitglied Eugen Moczygamba und ergänzt, „wir hatten das Gefühl, dass diese Regelung viel Akzeptanz fand“.

In der Begründung zu ihrem Antrag verwies die ALW-Fraktion u.a. auf mögliche Ungerechtigkeiten und darauf, dass die Stadt Weiterstadt diese grundhaften Sanierungen mit dem derzeitigen Steueraufkommen finanzieren könnte. Auch schlechte Haushaltsführung warf der Vertreter der ALW der Verwaltung vor. Die FWW-Fraktion ist da gänzlich anderer Meinung und bewertet sowohl die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sowie die unterstellten Ungerechtigkeiten anders.

Natürlich ist Weiterstadt eine finanzstarke Kommune, wenn man die Steuereinnahmen sieht. 64 Millionen Euro auf der Einnahmenseite sind schon ein ordentlicher Betrag. Schaut man sich aber den finanziellen Spielraum der Stadt an, so muss man feststellen, dass von den 64 Millionen Euro nur gut 10 Millionen Euro verbleiben, die einen Spielraum für Investitionen bieten. Allein 51% des Steueraufkommens müssen in Form von Umlagen an Kreis und Land, zu erwirtschaftende Abschreibungen für Liegenschaften und vertraglich gebundene Aufwendungen (z.B. Betriebskostenerstattung der freien KiTas) abgeführt werden. Weitere 33% werden durch die Personalkosten gebunden.

Die restlichen 16% oder gut 10 Millionen Euro sind vorgesehen für die Unterhaltung von Schwimmbad, Sporthallen, Bürgerhäuser, Straßen, für die Sportförderung und vor allem für die Ausstattung an Sach- und Dienstleistungen unserer Kindertagesstätten.

„Da bleibt nicht mehr viel Spielraum, um unsere Straßen im Rahmen einer Grundsanierung instand zu setzen“, stellt der Fraktionsvorsitzende Kurt Weldert fest und ergänzt, „die wiederkehrenden



Vorsitzender:
Manfred Berger
Westring 103
64 331 Weiterstadt
Tel. 06150 – 5 21 59
Fax: 06150 /5 927 35
EMail: FWW_Weiterstadt@gmx.de

Straßenbeiträge sind ein solidarisches und zielgerichtetes Instrumentarium, um unsere Straßeninfrastruktur in gutem Zustand zu halten“. Auch der ALW-Vorwurf einer unsoliden Haushaltsführung der Stadt ist für die FWW nicht nachvollziehbar und erinnert, dass die ALW bei allen Haushaltsberatungen nichts Zukunftsträchtiges beizutragen hatte.

Nach Erkenntnissen der FWW sind die beiden Sanierungsprojekte in Gräfenhausen von den Bürger*innen akzeptiert worden. Die über zwei Jahre verteilten Kosten hielten sich für die einzelnen Grundstücksbesitzer im Rahmen. Die derzeitige Sanierung der Bahnhofstraße wird sich ebenfalls im unteren Kostenbereich bewegen. Musste man in Gräfenhausen 0,74 Euro pro Veranlagungsfläche bezahlen, so werden die Kosten für die Bahnhofstraße um einiges niedriger sein.

Was der Vertreter der ALW in seiner Begründung unterschlagen hat, ist der Umstand, dass nicht alle Weiterstädter*innen bei allen Grundsanierungen von Straßen anteilig zur Kasse gebeten werden, sondern nur die Grundstücksbesitzer*innen, die in den betreffenden Abrechnungsgebieten, Weiterstadt hat 7 davon, wohnen. Die FWW weist auch darauf hin, dass Grundstücksbesitzer*innen, die gerade Erschließungsbeiträge bezahlt haben, bis zu 20 Jahre von der Anwendung der Straßenbeitragsatzung verschont werden und dass die normalen Instandsetzungen von Straßen aus Steuermitteln finanziert werden.

„Sollte das Land Hessen die Kommunen finanziell in die Lage versetzen, dass sie die Sanierungen mit eigenen Mitteln stemmen können, werden wir der Abschaffung der Straßenbeiträge zustimmen. Ein guter Weg wäre, wenn das Land Hessen den abzuführenden Teil der Gewerbesteuerumlage bei den Kommunen lassen würde“ so Michael Heßberger.

Die FWW sieht unter der derzeitigen finanziellen Situation, dass ein Abschaffen der Straßenbeiträge in kurzer Zeit zur Diskussion um Steuererhöhungen führen muss. Diese würden zu einer höheren finanziellen Belastung der Bürger*innen führen und würde auch die treffen, die Straßenbeiträge bereits gezahlt haben. „Steuererhöhungen als Alternative zur Abschaffung von Straßenbeiträgen ist mit der FWW nicht zu machen“, äußert sich der Fraktionsvorsitzende Kurt Weldert und hofft, dass die ALW sich doch sachlich und nicht dogmatisch mit diesem Thema beschäftigt. (KW)